



ENTSCHLIESSUNG Nr. 24) Sparprogramme und Privatisierung

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

WEIST DARAUF HIN,

dass die Europäische Kommission und die Europäische Union in ihrer Antwort auf die Wirtschaftskrise auf eine Strategie setzen, die überall in Europa schwere wirtschaftliche Schäden anrichtet und bei den Gewerkschaften und den Gewerkschaftsverbänden für Unbehagen sorgt. Viele der vereinbarten oder vorgeschlagenen Initiativen hätten zur Folge, dass die ArbeitnehmerInnen die Kosten einer Wirtschaftskrise zahlen müssten, die sie nicht verursacht haben.

Der Kongress beklagt die Tatsache, dass Regierungen überall in Europa die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die RentnerInnen und PensionärInnen, die Arbeitslosen und die öffentlichen Dienste die Zeche für eine von den Finanzmärkten verursachten Krise zahlen lassen.

Der Kongress erkennt und verurteilt die Politik einiger europäischer Regierungen, öffentliche Dienste an „leistungsbereite Anbieter“ zu übertragen. Einer der Gründe, warum die Renten im öffentlichen Sektor unter Beschuss stehen, ist eine sich daraus ergebende Vereinfachung groß angelegter Privatisierungen.

Der Kongress begrüßt die Kampagne „Nein zu Sparmaßnahmen“ der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) und des Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und unterstützt die Forderung des EGÖD nach einer Änderung der europäischen Wirtschaftspolitik: „Nein zu Sparprogrammen, Ja zu Arbeitsplätzen, öffentlichen Diensten und Sozialrechten.“

WEIST WEITERHIN DARAUF HIN,

Dass der Kongress durch die offenkundige Solidarität im VK und überall in Europa ermutigt wird, und begrüßt alle Initiativen, die zu einer besseren Koordinierung zukünftiger Aktionen in Europa und einer Unterstützung der Anti-Spar-Kampagne der Länder führen sollen.

FORDERT DEN VORSTAND DESHALB AUF,

- Koordinierte Aktivitäten zu unterstützen und alle Kampagnen gegen eine Sparpolitik weiterzuentwickeln, die Auswirkungen auf die Mitglieder hat, sowie in Rücksprache mit den Mitgliedern zu versuchen, globale Aktionstage gegen die Sparpolitik zu koordinieren;
- Sich ein besseres Verständnis der mit der Sparpolitik verbundenen Themen zu erarbeiten und dieses Wissen an die Mitglieder weiterzugeben, und auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kampagnenarbeit gegen die Ereignisse in Europa und weltweit hinzuweisen;
- Alle Mitglieder dazu zu motivieren, bilaterale Kontakte mit wichtigen Gewerkschaften in den am schlimmsten von den Sparprogrammen und der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern aufzubauen und zu entwickeln;
- In möglichst umfassenden Bündnissen mit Gewerkschaften und anderen Organisationen gegen die Politik von Institutionen wie dem IWF und der Weltbank vorzugehen; sich für das öffentliche Eigentum an Dienstleistungen einzusetzen und Gewerkschaftskampagnen für den Schutz öffentlicher Dienste zu unterstützen.

Hier können alle [Kongressentschließungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.